



*Praktischer Leitfaden zur
Durchführung von
Mikrobürger:innengutachten
an Schulen*

im Rahmen des

*Multiplikatoren-Workshop zur
demokratischen Beteiligung an Schulen*



Auf Grundlage des Leitfadens von
Wolfgang Scheffler, Heike Hoedt

Inhalt

Einleitung.....	3
Hintergrund	5
Kurz erklärt: Bürgergutachten mit Planungszellen.....	13
Das Mikrobürger:innengutachten	18
Konsensieren	20
Vergleich: „Bürgergutachten mit Planungszellen“ und „Mikrobürger:innengutachten“	22
Wieso funktioniert das abgespeckte Verfahren Mikrobürger:innengutachten? Was sind die Limits?	23
Beispiele und Erfahrungen	24
Zeitlicher Ablauf des Mikrobürger:innengutachtens	36
Ablauf der Kleingruppenarbeit (Planungszellen) eines Mikrobürger:innengutachtens (25 Teilnehmer:Innen)	37
Wie initiiere ich ein Mikrobürger:innengutachten.....	40
Literaturhinweise.....	42

Einleitung

Im Jahr 2002 hörte ich im BR 2 Radio eine Sendung¹ in der Prof. Dr. Peter Dienel vom Lehrstuhl für Städteplanung an der Uni Wuppertal interviewt wurde. Das dargestellte Planungsinstrument der „Bürgergutachten mit Planungszellen“, welches er entwickelt und erforscht hatte, faszinierte mich. Endlich zeigte sich mir ein Weg in eine demokratischere Welt. Ich las, was ich zum Thema fand und besuchte Peter Dienel in Wuppertal. Auf seinen Hinweis hin lernte ich Hilmar Sturm, der zu dieser Zeit bereits in München ein Büro zur Durchführung von Bürger:innengutachten führte, kennen.

Als in München das Bürger:innengutachten zum Verbraucherschutz vorgestellt wurde, nahm ich an der öffentlichen Veranstaltung auf Rat von Hilmar teil und sprach mit Teilnehmer:innen und Politiker:innen. Später half ich in einem Bürger:innengutachten welches er durchführte im Moderationsteam, um das Verfahren live kennen zu erleben. Es zeigte sich, dass die teilnehmenden Bürger:innen am Ende sehr zufrieden waren und die Planungszellen mit gesundem Menschenverstand erarbeitete Lösungen für jegliches Thema produzieren konnten. Ein Bürger:innengutachten ist ein Leitfaden, welcher zur politischen Umsetzung dient. Indem die Bürger:innen politische Entscheidungen vorbereiten entsteht ein Rückkopplungsmechanismus der zu nachhaltig guten Entscheidungen führt, mit denen die Gesellschaft zufrieden ist. Insgesamt sah ich in diesem Verfahren eine Lösung für viele Probleme (von Politikverdrossenheit, bis zur Vermeidung von Fehlplanungen) und war dennoch gleichzeitig frustriert, da es so selten durchgeführt wurde. Es war allerdings immer nötig, dass jemand ein Planungsbüro beauftragte und die finanziellen Mittel bereitstellte um ein Bürger:innengutachten durchführen zu lassen. Konkret bedeutete dies: es gab kein Bürger:innengutachten,

¹ „Planungszellen als Beispiel aktiver Bürgerbeteiligung“ von Renate Börger, ausgestrahlt im „Notizbuch“ auf Bayern2 am 25.9.2001

außer ein visionärer Politiker beauftragte eines. Damit war immer der Goodwill einer Person an einflussreicher Stelle nötig. Die hoch erscheinenden Kosten von ca. 250.000,- € für die 4-tägige Veranstaltung, die in ein Bürgerinnengutachten mündet, tat ihr übriges. Wäre es möglich die Sache selbst in die Hand zu nehmen? Sozusagen Bürger:innengutachten „von unten“ , also von Bürger:innen selbst initiiert? Wäre es möglich die gesellschaftlichen und politischen Vorteile des Verfahrens auszukosten ohne den hohen finanziellen Aufwand? Dieses Fragen stellten sich meine Partnerin Heike Hoedt und ich immer wieder. Wir begannen im eigenen Umfeld zu experimentieren, in dem wir das Verfahren verkürzten, mit anderen Elementen anreicherten und in kleinem Rahmen, ohne finanziellen Aufwand einsetzten. In sozialen Bewegungen, an unserem Wohnort, an 2 Montessori Schulen. So entwickelte sich das „Mikrobürger:innengutachten“ sozusagen „im Tun“.

Der folgende Leitfaden soll das Mikrobürger:innengutachten beschreiben und als Anleitung zum Selbermachen dienen. Um handlich und praxisnah zu bleiben, wird auf den theoretischen Überbau größtenteils verzichtet. Wir empfehlen sehr, dass der interessierte Mensch sich in „Die Planungszelle“ von Peter Diene² einliest und sich ein Verständnis aneignet, wieso bestimmte Elemente des Bürgergutachtens so und nicht anders sind. Ohne diese Kenntnis kommt eventuell die Versuchung auf, es durch Nichtwissen zu verschlimmbessern.

Seit 2018 führe ich immer wieder eintägige Praxis-Seminare durch, um interessierten Menschen die Möglichkeit zu bieten, das Verfahren zum einen als Teilnehmende eines Mikrobürger:innengutachtens selbst zu erfahren und zum anderen aus Theorie und Praxis so viel zu lernen, dass ein eigenes Engagement für eine bessere Demokratie und damit eine bessere Gesellschaft für sie möglich ist.



² Peter Diene: Die Planungszelle, Westdeutscher Verlag, 1997

Hintergrund

Mit der Erlaubnis des Autors drucken wir den folgenden Artikel von Antoine Vergne, der 2005 erschien, im Original ab.

Er gibt einen Einblick in die Entstehungsgeschichte des Planungsverfahrens Bürgergutachten und hat durch das Interview mit Prof. Peter Dienel eine sehr persönliche Note.

Peter Dienel

Porträt eines Pioniers

«Ich werde Dir etwas zeigen» sagt mir Professor Dr. Peter C. Dienel, und nimmt einen Flyer aus der Innentasche seiner Jacke: „Wenn Du ein glückliches Leben führen willst, verbinde es mit einem Ziel.“ Albert Einstein.

Albert Einstein hatte Recht. Zwei Stunden mit Peter Dienel lassen die Idee Einsteins zur Wirklichkeit werden. Mit 82 Jahren scheint er zufrieden und ausgeglichen, er verfolgt weiterhin sein Ziel: Die von ihm erfundene Planungszelle muss in Deutschland und Europa zu einem regelmäßig genutzten Werkzeug der Politik werden.

Die Planungszelle wurde bereits 1970 von Peter Dienel, der zu diesem Zeitpunkt Mitglied des Planungsstabs der Staatskanzlei des Landes NRW war, entwickelt. Während dieser Tätigkeit bedrückte ihn der katastrophale Zustand der politischen und dann bürokratischen Entscheidungsprozesse: Sie waren nicht an den dringenden Langfrist-Fragen orientiert, sondern konzentrierten sich immer wieder auf die kurzfristig lösbaren Probleme. Als Antwort auf dieses Defizit erarbeitete Dienel das Konzept der „Planungszelle“(PZ). Die PZ ist eine Form der Beteiligung des Bürgers an den politischen Entscheidungsprozessen. Allerdings sollte die PZ zunächst nicht die Partizipation der Bürger:innen ermöglichen, sondern die politischen Entscheidungsprozesse von privaten und eigennützigen Interessen befreien und kompetente, deutlich im Gesamtinteresse liegende Entscheidungen zuwege bringen. Das aus dieser Zielsetzung entstandene Modell erwies sich als genial.

Die „Planungszelle“ definiert Dienel als „eine Gruppe von 25 nach einem Zufallsverfahren ausgewählten Bürger:innen“, die aus erster Hand informiert - und assistiert von 2 Prozessbegleitern - Lösungen für ein

ihnen vorgegebenes, als schwer lösbar geltendes Problem erarbeitet. Diese Zufalls-Juror:innen werden für vier Tage von ihren arbeitstäglichen Verpflichtungen freigestellt und für diese Zeit vergütet.

Aus dieser Definition ergeben sich **neun Charakteristika** der Planungszelle: Das erste ist die Gruppenarbeit. Die vier Tage dauernde „PZ“ trifft ständig in Fünfer-Gruppen aufeinander, deren Zusammensetzung immer wieder wechselt. Dadurch, dass jede/r mit jedem zusammenarbeiten muss, entsteht eine starke Gruppendynamik und eine hohe Kreativität. Dabei kann sich aber keine durchgehende Meinungsführerschaft bilden. Das zweite Merkmal ist das Rollenangebot: Die Teilnehmenden agieren während der vier Tage als Expert:innen (sie treffen die Entscheidungen), vor allem aber als „Bürger:innen“ ihres Staates. Sie informieren sich, versuchen dabei objektiv zu bleiben, legen Wert auf die Kooperation und identifizieren sich dann mit den Ergebnissen der Gruppe. Sie arbeiten nämlich einem Bürger:innengutachten zu, in dem die Ergebnisse ihrer Planungszelle festgehalten werden. Die dritte Besonderheit ist die Vergütung. Dieses Merkmal ist eng mit dem vorherigen verknüpft und unterscheidet die Planungszelle von den meisten anderen partizipativen Verfahren. Die Bürger:innen werden hier für ihre Tätigkeit entschädigt. So wissen sie, dass sie ernst genommen werden und ihre Arbeit „wertvoll“ ist. Durch die Bezahlung der Juror:innen wird ihre Arbeit mit der von Politiker:innen³ und Expert:innen, die gewöhnlich die Entscheidungen treffen, gleichgesetzt. Die Bezahlung ist außerdem hilfreich dafür, Menschen anzusprechen, die normalerweise nicht politisch aktiv sind. Doch allein die Vergütung der Arbeitszeit reicht nicht aus, Menschen wirksam in den Entscheidungsprozess einzubinden. Die vierte Eigenschaft der PZ ist daher die Freistellung der Teilnehmenden von ihren täglichen Verpflichtungen zu diesem „politischen Erlebnisurlaub“ (Peter Dienel). Für Personen, die Kinder zu hüten oder ältere Familienangehörige zu pflegen haben, kann für die Zeit der PZ eine Betreuung gestellt werden.

Die fünfte Charakteristik von Dienels Konzept ist die zeitliche Begrenzung der Veranstaltung auf vier Tage. Durch diese Begrenzung wird zum einen die Neutralität der Juroren abgesichert. Zum anderen

³ Was übrigens nicht neu ist. Die Athener bezahlten schon die Teilnehmer:innen der Volksversammlung. (siehe: Dienel, Die Planungszelle. Der Bürger als Chance, S. 81).

dient dieses Limit dem Rotationsprinzip: Möglichst viele Bürger:innen sollen an dem (problemlos vermehrfachbaren) Projekt „Planungszelle“ teilhaben können, jede/r soll „regieren und regiert werden“. Das sechste Erkennungszeichen der Planungszelle ist die Art und Weise, wie die teilnehmenden Bürger:innen ausgewählt werden. Dienel entschied sich 1970 für die Auswahl im geordneten Zufall. Dieses Verfahren war laut Dienel „vernünftig“. Es vermeidet, im Unterschied zu Verfahren wie der Wahl oder der freiwilligen Partizipation, den Durchgriff von partiellen oder privaten Interessen. Das Losverfahren garantiert außerdem eine hohe Repräsentativität. Diese öffnet dann auch für sehr unterschiedliche soziale Positionen eine Möglichkeit, endlich mal zusammenzuarbeiten und sich so kennen zu lernen. Darüber hinaus steht dieses Verfahren für den demokratischen Grundsatz der Gleichheit aller.

Das siebente Merkmal der PZ ist die Arbeit mit Laien. Die so genannten Bürgerexpert:innen werden ja nicht nach ihrer Kompetenz, sondern per Zufall ausgewählt. Diese Vorgehensweise impliziert, dass jede/r Bürger:in kompetent ist, die gestellten Probleme zu lösen und so „seine Umwelt selber zu planen“ (Peter Dienel).

Die Bürger:innen erhalten bei dieser Aufgabe von zwei Seiten Unterstützung. Zum einen helfen die Expert:innen und zum anderen die Prozessbegleiter:innen. Die Prozessbegleiter:innen sind für die Organisation der praktischen Aspekte der PZ verantwortlich. Sie besorgen den notwendigen Raum, planen den zeitlichen Rahmen und sind am Ende für die Redaktion des Bürger:innengutachtens verantwortlich. Die Expert:innen stehen für die Rückfragen der Bürger:innen zur Verfügung, nachdem sie diesen zunächst ihre Expertise oder auch die Sichtweise ihrer Interessenposition vorgestellt haben. Die neunte und letzte von Peter Dienel definierte Charakteristik einer Planungszelle ist die Erarbeitung einer vorgegebenen Aufgabenstellung. Die Bürger:innen können also nicht das Thema, über das sie arbeiten sollen, auswählen. Es wird ihnen vorgegeben.

Diese neun Elemente, die sich aus Dienels Definition der Planungszelle ergeben, haben sich in der über 30jährigen Praxis dieses Modells bewährt. Allerdings sind zu Beginn des Projektes auch viele Probleme aufgetreten. „Während der Testphase hatten wir z. B. Probleme mit der Ausstattung des Tagesablaufes“ sagt Dienel. „Die Idee der Arbeitsgruppe mit fünf Leuten ist erst später aufgetaucht“. Aber: „Jetzt existieren feste Regeln“. So wehrt sich Professor Dienel bis heute

dagegen, für die Industrie zu arbeiten: „Ich habe am Anfang mehrfach die Möglichkeit gehabt, das hier mit der Industrie zu machen. Ich habe das aber immer abgelehnt, weil ich der Meinung bin, dass unser Wirtschaftssystem schon dominant genug ist“. Die Konsequenz ist, dass der Pionier der Planungszelle ausschließlich für öffentliche Auftraggeber arbeitet. Diese Einstellung spiegelt Peter Dienels Weltanschauung wider: Die nur „repräsentative“ Demokratie ist nicht mehr funktionsfähig. Daher müssen heute dringend weitergehende „einfache und preiswerte“ Lösungen gefunden werden. Eine von ihnen heißt Planungszelle.

Dienel kann sich an keine schwierigen Momente erinnern. Er war „von der Richtigkeit der Sache überzeugt...Ich war besoffen von der Idee der PZ und davon, sie voranzubringen, *to push it*“. Mit seiner Idee der Planungszelle war er 1970 seiner Zeit mindestens 20 Jahre voraus. Noch heute wird sie als unkonventionelles Werkzeug betrachtet. Aber Dienel glaubt an ihre Zukunft, für die Vergangenheit interessiert er sich kaum: „Ich habe keinen Wert auf Selbstdokumentation gelegt.“ Er denkt an morgen: „Wenn zehntausende von Planungszellen p. a. stattfinden und Millionen von Menschen daran teilnehmen“, ist er seinem Traum wohl ein Stück nähergekommen.

Im Duden wird „Pionier“ als ein Mensch definiert, „der sich einer ungewohnten Aufgabe widmet und der neue Wege öffnet, ein Wegbereiter.“ Und Professor Dienel hat den Weg der partizipativen Demokratie eröffnet. Er hat hartnäckig und beharrlich für seine Idee gekämpft und Teile seines Ziels verwirklicht. Das Konzept der Planungszelle wurde und wird erfolgreich genutzt: Seit 1978 wurden weit mehr als 300 Planungszellen organisiert, an denen mehr als 8000 Zufalls-Juror:innen, zumeist 4 Tage lang, teilgenommen haben. Diese hohe Zahl bürgerschaftlicher Beratung ermöglicht eine Serie von empirischen Befunden, die Dienel bereits in seinem 1978 erschienenen Buch „Die Planungszelle“ vorhergesehen hatte. Diese Befunde beziehen sich in erster Linie auf die Bürger:innen, aber auch auf das politische System.

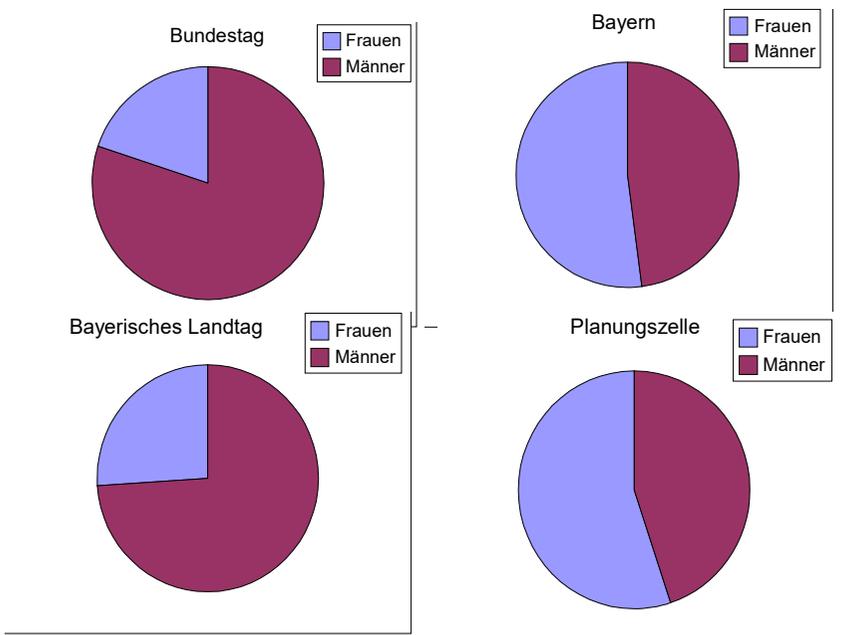
Die Teilnahme an einer PZ eröffnet den **Bürger:innen** seinen Anteil am Staat, an der Volksherrschaft, an der Demokratie. „Die Planungszelle ermöglicht es den Teilnehmenden, ihre Rolle als Bürger:innen zu spielen“, eine Funktion, die heute normalerweise von den professionellen Politiker:innen, den „Berufsbürger:innen“ wahrgenommen wird. Für Dienel folgt aus diesem Ernstnehmen der

Souveränität, dass „die Demokratie wieder funkelt“. Er beobachtet weitere Auswirkungen auf die Individuen: Bürger:innen werden „aktiviert“, wenn sie einmal gesehen haben, dass sie Einfluss ausüben können. Wer einmal an einer PZ teilgenommen hat, kann, so Dienel, nicht mehr aufhören, sich in die Politik einzumischen: „Ich kriege Briefe und Anrufe von Leuten, die Gruppen gebildet haben. Die blühten auf“. 1996 wurde in der Stadt Hannover eine Reihe von Planungszellen (300 Zufalls-Juror:innen) mit der Aufgabe betraut, den öffentlichen Nahverkehr der Stadt zu erneuern. Nach dieser Beratung haben ca. 80 der PZ-Teilnehmenden eine Initiative gegründet, die die Umsetzung ihrer Entscheidungen beobachten soll. Dieser Effekt der Partizipation zeigt, dass die Menschen eigentlich nicht passiv sind, sondern heute nur passiv gehalten werden. Der dritte Aspekt, den Dienel beobachtet, ist: PZ-Teilnehmende lernen nicht nur, in Gruppen zu arbeiten. Sie treffen auch auf Vertreter:innen von anderen sozialen Schichten und stellen gemeinsam fest, dass es Interessen gibt, die über ihre eigenen, persönlichen Interessen hinausgehen. Sie fangen plötzlich an, das „Gemeinwohl“ zu erkennen und zu wollen.

Verlässt man die Mikroebene, kann man feststellen, dass die PZ sich auch auf das soziale **System als Ganzes** auswirkt. Die Auswahl der Teilnehmer:innen nach dem Zufallsprinzip ermöglicht besser als jede andere Form der Partizipation eine realistische Repräsentation der gesamten Bevölkerung. Dies soll anhand eines konkreten Beispiels illustriert werden: 2001 wurden im Bundesland Bayern Planungszellen mit 425 Teilnehmer:innen zu Problemen des Verbraucherschutzes durchgeführt. Von diesen Laien-Juror:innen waren 55% Frauen. Das entspricht relativ genau der Bevölkerung Bayerns, die sich zu 52% aus Frauen zusammensetzt (s. Abb.). Im Unterschied dazu, sind nur 26% der Landesabgeordneten bzw. 20% der Bundestagsabgeordneten Frauen. Das Losverfahren ermöglicht also Partizipation, ohne geschlechtliche Ungleichheiten zu vertiefen.

Die Lösungen und Vorschläge der Bürger:innen sind rational und vor allem gemeinwohlorientiert. Der Gruppenprozess und die Arbeit als vergütete Expert:innen führt dazu, dass die Bürger:innen die beste Lösung zu finden suchen. Das Beispiel der Autobahn „Urbina-Maltzaga“ im spanischen Baskenland zeigt, dass die PZ dabei zu sehr guten Ergebnissen kommt. Bei der Planung dieser Autobahn sollte unbedingt das Fiasko des zuvor geplanten Streckenabschnitts „Leizaran“ verhindert werden. Damals wurde die Straße von „oben“ geplant und

dann unter hohen Kosten, trotz einer Vielzahl von gewalttätigen Protesten, so durchgesetzt. Der Abschnitt „Urbina-Maltzaga“ wurde dagegen zunächst in PZ von 350 Zufalls-Bürger:innen aus den anliegenden Städten und Landkreisen diskutiert. Die Vorschläge dieser PZ (NIP = Nucleos de Intervencion Participativa) wurden von der Bevölkerung akzeptiert und dann ohne Probleme realisiert. Dieses Ergebnis zeigt, inwiefern Partizipation zu guten und legitimen Lösungen führen kann. Vor diesem Befund kann man der folgenden Aussage von Diemel nur Glauben schenken: „Die massenhafte Benutzung [des Modells] wird eine völlig neue politische Kultur ermöglichen“.



Ebenso glaubhaft erscheint Diemel, wenn er eingesteht: „Ich habe aber viel Zeit auf das Projekt verwendet. Meine Kinder haben ihren Vater fast gar nicht gesehen“. Sein Lebenswerk war und ist für ihn „die Planungszelle“, die er auf Kosten seines Privatlebens entwickelt und ausgearbeitet hat. Auf die Frage, ob er sich als Pionier der partizipativen Demokratie sieht, antwortet er bescheiden: „Das ist mir egal.“ Wichtig ist ihm, dass die Menschen dieses Modell entdecken und benutzen. Von Schwächen des Modells spricht Diemel selten. Es gibt aber durchaus

Punkte, die an der PZ kritisiert werden können, z. B. die hohen Kosten, die Exklusivität der Teilnahme oder die Vorgabe des Problems.

Eine PZ **kostet** bis zu 30.000 Euro. Das heißt, dass ein Projekt mit vier Planungszellen bis zu 120.000 € kostet, bei acht PZ bis zu 240.000€. Auf den ersten Blick scheint die Planungszelle also ein sehr teures Unterfangen. Allerdings müssen die Kosten einer Planungszelle mit denen der traditionellen politischen Entscheidungsprozesse verglichen werden. Ein Problem an dieser Stelle ist, dass man gar nicht weiß, wie viel eine solche Entscheidung kostet. Ein Vergleich scheint daher schwierig. Aber schon eine einfache Berechnung könnte das Kostenproblem „entmystifizieren“: Im Jahre 2002 hat das französische Parlament 741 Millionen € „gekostet“ (461 Millionen € für die Volksvertretung und 280 Millionen € für den Senat). In diesem Zeitraum hat das französische Parlament 122 Gesetze verabschiedet. Mit 741 Mio. € könnte man allerdings auch mindestens 24.700 Planungszellen durchführen und damit 24.700 gemeinwohl-orientierte Entscheidungen treffen.

Die **Exklusivität** der Teilnahme wird auch kritisiert. Das muss ebenfalls relativiert werden. In der Vorbereitungsphase eines PZ-Projektes werden alle erkennbaren Vertreter:innen der relevanten Interessen eingeladen (Vereine; politisch Aktive; Experten; Betroffene). Sie haben hier die Möglichkeit, ihre Standpunkte einzubringen, und treten später als Referenten in der entsprechenden Arbeitseinheit einer PZ auf. Dort wird immer kontrovers informiert, d.h. man braucht für jedes der angesprochenen Probleme 2 Vertreter:innen unterschiedlicher Interessen. Gleichzeitig wird die Auswahl der Teilnehmer:innen per Zufallsprinzip durchgeführt. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass alle sozialen Schichten in der Planungszelle vertreten sind. Eine solche Repräsentativität wäre bei einer freiwilligen Beteiligung nicht gegeben, - und alle haben hier die gleiche Chance gehabt.

Die letzte Kritik bezieht sich auf die **Themenauswahl**. In der Tat steht den Teilnehmer:innen einer PZ keine Themen-Selbstbedienung zu. Ihre Aufgabe wird ihnen vorgegeben. Die Vielzahl ungelöster, aber miteinander zusammenhängender Probleme ist als solche nämlich gar nicht bearbeitbar. Hier kann nur arbeitsteilig vorgegangen werden. Über die Abgrenzung eines solchen Problemausschnittes hat deswegen der unabhängige Durchführungsträger des PZ-Projektes vorab mit dem öffentlichen PZ-Auftraggeber gesprochen und notfalls so lange verhandelt, bis man sich auf eine Definition des anstehenden Problems

einigen konnte, die in der bezahlbaren Zeit mit Aussicht auf Erfolg bearbeitet werden kann. Erst dann kann ein PZ-Projekt beginnen. Kritiker fürchten, dass durch eine Themenvorgabe die Souveränität der Teilnehmer:innen zur Augenwischerei wird. Dienel antwortet, dass die genannten konkreten Gründe gegen eine freie Auswahl der Thematik sprechen. Um Planungszellen erfolgreich und unparteiisch arbeiten zu lassen, benötigen sie eine lange Vorbereitung. Das Thema kann also nicht einfach am ersten der vier Arbeitstage ausgewählt werden. Allerdings gesteht Dienel ein, dass später, wenn das Modell verstärkt genutzt werden wird, man durchaus auch einzelne „Themenfindungs-Planungszellen“ organisieren wird, die dann Vorschläge für die Definition von Aufgabenstellungen zu erarbeiten haben und das auch leisten werden.

Nach einem mehrstündigen Gespräch mit Professor Dienel beantwortet sich die Frage, ob die Utopie „Planungszelle“ realisierbar ist, fast von selbst: „Ob die möglich ist? Ja, warum nicht?“. Dann fährt Dienel fort: „Die Demokratie ist ein sehr gewagter Versuch, und was wir machen, ist ja ein Stück Realisierung der Demokratie“. Ein großes Stück sogar. Und die Frage der Nachfolge stellt sich der 82-Jährige nicht: „Die Zeit, einen Nachfolger zu suchen, habe ich nicht gehabt“. Aber Dienel macht sich um sein Projekt keine Sorgen: „Das werden Leute aufgreifen.“ Er hat nur den Weg geöffnet.

Antoine Vergne, Berlin, Juni 2005

Kurz erklärt: Bürgergutachten mit Planungszellen

Verfahrensbeschreibung:

Ausgangslage:

Eine zufriedenstellende, ergebnisorientierte gesamtgesellschaftliche Diskussion aller wichtigen Fragen **durch Alle** ist aufgrund der Größe einer Gesellschaft nicht möglich (ca. 83 Millionen Einwohner).

Durch Zufallsauswahl wird eine **repräsentative Miniaturgesellschaft** gebildet.
Teilnahme ab 16 Jahren.
Nötige Teilnehmerzahl 200.



Nach den Erfahrungen mit den wissenschaftlich begleiteten Gutachten der letzten 40 Jahre mit der Methode „Bürger:innengutachten mit Planungszellen“ reichen hierfür **200 Bürger:innen** aus. In der Geschichte des Verfahrens wurden zunächst 400 Teilnehmende eingesetzt, später wurde auch mit geringeren Teilnehmerzahlen experimentiert.

Bei dieser Größe können alle Elemente eingesetzt werden, die für ausgewogene Entscheidungen notwendig sind:

- Fundierte Information über alle wesentlichen Fakten zum Thema
- intensiver Austausch zwischen allen Teilnehmer:innen vor dem Hintergrund ihrer persönlichen Lebensumstände

Umsetzung:

4 Einheiten am Tag
an 4 Tagen =
16 x Kleingruppenarbeit

Aus praktischen Gründen wird in Gruppen gearbeitet. Aus 200 Teilnehmer:innen entstehen 8 zufällig zusammengesetzte Gruppen von je 25 Teilnehmer:innen, die bei bundesweiten Bürger:innengutachten an unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten genau das gleiche Programm bearbeiten.

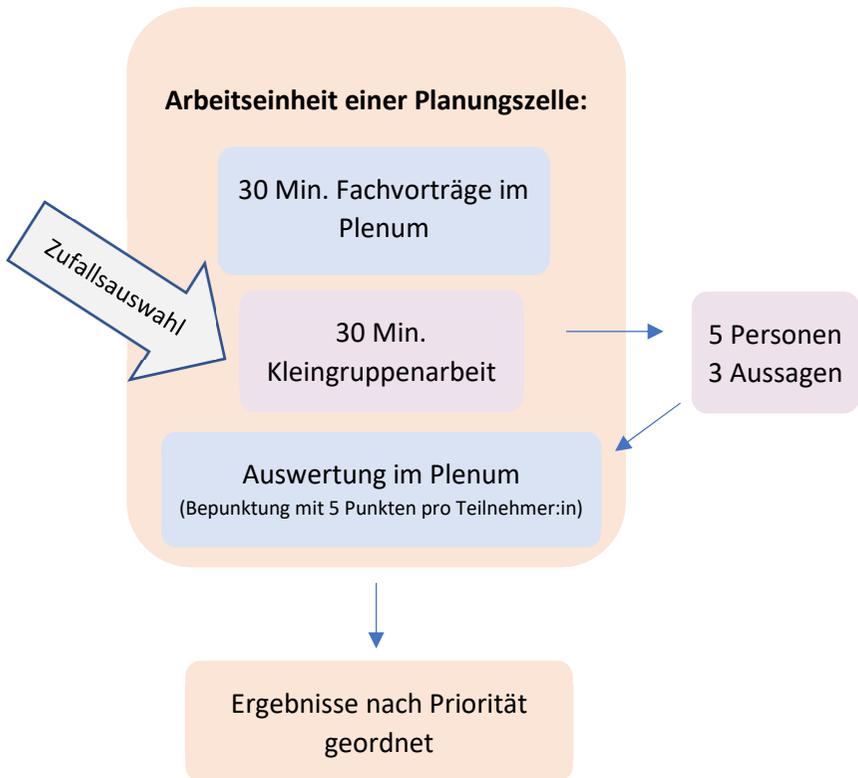
Eine Gruppe von **25 Teilnehmer:innen ergibt eine Planungszelle.**

Wird das Verfahren zur Vorbereitung einer Entscheidung, auf Landesebene oder in einer Kommune eingesetzt, dann werden die Teilnehmenden aus den Einwohner:innenregister des Landes oder der Kommune ausgelost und der Prozess findet vor Ort statt.

8 Planungszellen mit 25
Teilnehmer:innen
gleiches Programm

Zufallsauswahl

Das Programm einer 25er Gruppe (=Planungszelle) wird in 4 Tagen mit je 4 Arbeitseinheiten durchgeführt. Eine Arbeitseinheit hat insgesamt 90 Minuten und wird durch eine Pause ergänzt. Das Thema des Bürger:innengutachtens wird in seine Unterasspekte zerlegt und diese werden in eigenen Arbeitseinheiten behandelt.



Jede Arbeitseinheit beginnt mit einer allgemeinverständlichen und sachlichen Darstellung der themenbezogenen Fakten durch einen oder mehrere Experten. Bei kontroversen Themen ist ein Fachinput durch die verschiedenen Seiten nötig.

Nach den Fachvorträgen werden die 25 Teilnehmer:innen in 5 Kleingruppen aufgeteilt, die durch Losverfahren zufällig zusammengesetzt werden. Die Zufallszusammensetzung wird bei jeder (!) Kleingruppenarbeit neu definiert.

Es ergibt sich eine intensive Diskussion über das Thema. Die verschiedensten Lebensumstände treffen aufeinander, und es entwickeln sich im Konsens Aussagen die von allen akzeptiert werden können. Am Ende jeder Arbeitseinheit halten die 5 Teilnehmer:innen

die 3 ihnen am wichtigsten erscheinenden Aussagen fest. Hier beginnt bereits eine Konzentration auf das Wesentliche.

Die fünf Kleingruppen treffen sich darauf im Plenum wieder. Jede Gruppe stellt ihre 3 Aussagen vor, und heftet sie für alle sichtbar an eine Tafel. Jede/r erhält 5 Klebepunkte und verteilt diese auf die Aussagen die ihm am meisten zusagen.

Am Schluss werden ähnliche Aussagen von den Teilnehmer:innen gruppiert und mit einer Gesamtpunktzahl versehen.

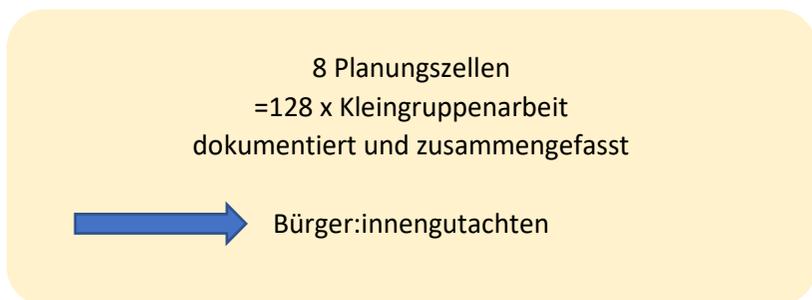
Die Aussagen werden nach Punktzahl angeordnet, dadurch entsteht ein Ranking nach Wichtigkeit/Zustimmung.

Nach einer Pause wiederholt sich dieser Ablauf mit einem anderen Teilaspekt der Aufgabenstellung.

In der nächsten Arbeitseinheit werden erneut durch Zufall 5 Kleingruppen à 5 Teilnehmer:innen gebildet.

Die gewichteten Listen für jeden Teilaspekt von allen 8 Gruppen werden am Ende des Verfahrens zu einem „Bürger:innengutachten“ genannten Skript zusammengefasst.

Das „Bürger:innengutachten“ enthält die wohldurchdachten und gegenseitig abgestimmten Präferenzen der Bürger:innen.



Die so erarbeiteten Aussagen beinhalten nachgewiesenermaßen den gesunden Menschenverstand und den Blick für das Allgemeinwohl.

Das Bürger:innengutachten dient als Vorlage für die Politik. Der Politik kommt hier eine ausführende Rolle zu.

Z.B. kann aus einem bundesweiten Bürger:innengutachten im Parlament ein Gesetzesvorschlag ausgearbeitet werden, aus einem kommunalen Bürger:innengutachten kann der Stadtrat eine planerische Entscheidung ableiten.

Politische Maßnahmen (Gesetze, Regelungen, Planungen) die auf Grundlage eines Bürger:innengutachtens entstehen, können mit hoher Zustimmung der Bevölkerung rechnen, da sie durch die Art ihres Zustandekommens Zufriedenheit erzeugen. Die Bürger:innen sind maximal involviert, der Querschnitt der Bevölkerung wird durch die Zufallsauswahl zur Zusammenstellung der repräsentativen Teilnehmerschaft einbezogen.

Auch Bürger:innen die nicht am Verfahren teilgenommen haben können daher die Ergebnisse des Gutachtens akzeptieren.

Um die Ergebnisse der Bürger:innengutachtens umzusetzen, kann es sinnvoll sein weitere Bürger:innengutachten zur Klärung von Detailfragen durchzuführen.

Das Mikrobürger:innengutachten

Konzept

Eine zufriedene Gesellschaft benötigt zur Entscheidungsfindung ein Verfahren, das:

- Menschen zusammenbringt und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt
- alle gesellschaftlichen Belange einbezieht, indem die Teilnehmerschaft die Gesellschaft abbildet
- eine Diskussion auf Augenhöhe zwischen Menschen unterschiedlicher gesellschaftlicher Hintergründe ermöglicht
- politische Entscheidungen sinnvoll vorbereitet
- politische Entscheidungen auf eine breite Basis stellt, die auf dem informierten Bürger:innenwillen basiert
- dem Bürger:innenwillen eine fachliche Grundlage zur Seite stellt
- beliebig oft durchgeführt werden kann
- eine klare Struktur aufweist
- zu replizierbaren Ergebnissen führt
- klare Ergebnisse erzeugt
- transparent ist
- niederschwellig durchgeführt werden kann (keine hohen Kosten, kein hoher Aufwand für die Verwaltung und für die Teilnehmer:innen)
- leicht zu verbreiten ist (Bürger:innen können es selbst „in die Hand“ nehmen)
- Demokratisierung der Demokratie ermöglicht

Diese Punkte werden vom „Bürgergutachten mit Planungszellen“ wie es Peter Dienel entwickelt hat, erfüllt.

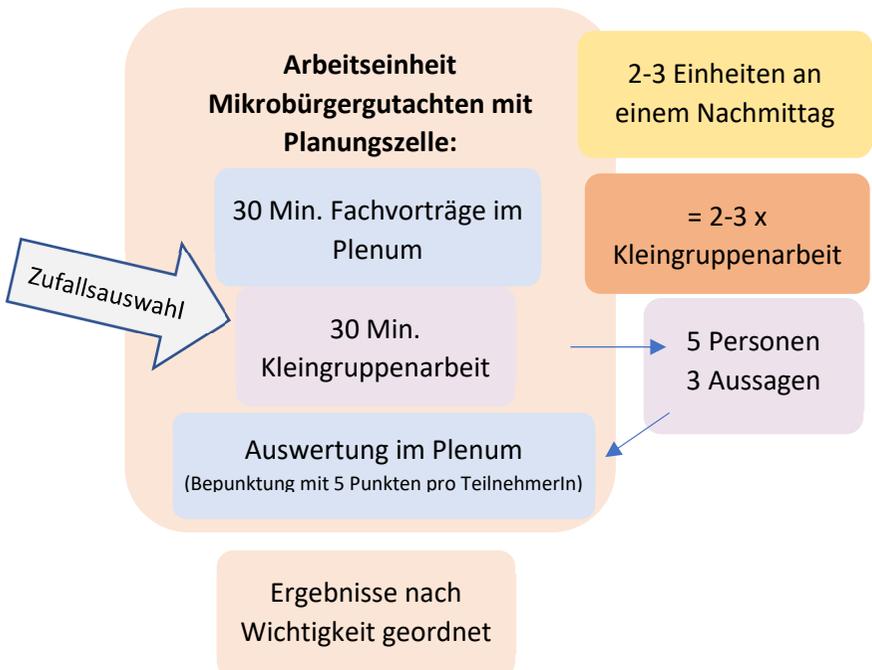
Auch der Punkt „Kosten“ ist genau betrachtet für das mehrtägige „Bürgergutachten mit Planungszellen“ erfüllt. Denn die Folgekosten

von Fehlplanungen oder Entscheidungen, die von den Betroffenen nicht mitgetragen werden, können deutlich höher liegen als die Kosten die durch die professionelle Durchführung des Verfahrens mit 200 TN (oder in der Vergangenheit auch bis zu 400 TN) entstehen. Der Gewinn, der durch die Bürgerbeteiligung auf subtilerer Ebene entsteht (Zusammenwachsen der Gesellschaft, Politik-Zufriedenheit) ist dabei in die monetäre Betrachtung noch gar nicht einbezogen.

Dennoch werden die Kosten von Entscheidungsträger:innen oftmals auf den ersten Blick als (zu) hoch eingeschätzt und stehen einer Durchführung eines Bürger:innengutachtens gleich zu Beginn im Weg. Für uns kam es nun darauf an, die Durchführung des Verfahrens so niederschwellig wie möglich zu machen.

Somit war die Idee eines „abgespeckten“ Verfahrens geboren.

Dies wird beim Mikrobürger:innengutachten besonders durch den zeitlichen Rahmen von nur einem Nachmittag mit 2 bis 3 Arbeitseinheiten erreicht.



Konsensieren

In der Praxis zeigte sich für uns als sinnvoll, am Ende der Arbeit ein Stimmungsbild bezüglich der Zustimmung (bzw. der Ablehnung oder Bedenken) zu den wichtigsten Lösungen zu bilden.

Die Teilnehmenden fühlen sich dadurch intensiver wahrgenommen. Dazu hat sich die 6-stufige Konsensabstimmung bewährt. Dadurch wird die Qualität der Zustimmung und Ablehnung zu den gefundenen Lösungen sichtbar gemacht. Besonders wenn Vorschläge eine ganz ähnliche Punktzahl haben, ist dies sehr hilfreich.

In einer **Konsensabstimmung** werden zu jedem Vorschlag folgende Punkte per Handzeichen abgefragt.

Volle Zustimmung

Der Vorschlag entspricht meiner Meinung. Ich stimme voll zu.

Zustimmung mit Bedenken

Ich habe leichte Bedenken. Ich wünsche, dass Ihr sie wahrnehmt und bei der Umsetzung beachtet. Ich stimme trotzdem zu.

Enthaltung

Ich überlasse Euch die Entscheidung und trage sie mit.

Schwere Bedenken

Ich habe schwere Bedenken. Ich wünsche, dass Ihr auf sie eingeht und die Entscheidung verändert. Ich würde die Entscheidung aber mittragen.

Beiseite stehen

Ich kann dem Vorschlag weder zustimmen noch ihn mittragen. Ich möchte Euch aber nicht blockieren und stehe beiseite.

Veto

Dieser Vorschlag widerspricht meinen grundsätzlichen Vorstellungen,

Ich kann nicht zulassen, dass die Gruppe diese Entscheidung trifft. Ich blockiere den Konsens.

Um den Unterschied zwischen verschiedenen Lösungen (z.B. mit ähnlicher Punktzahl) sichtbarer zu machen kann auch Systemisches Konsensieren eingesetzt werden. Dabei wird der Widerstand gegenüber einer Lösung abgefragt. Die Abfrage erfolgt entweder über Handzeichen durch Heben von keiner, einer oder beiden Händen (=maximaler Widerstand) oder dem Protokollieren von Widerstandspunkten die die Teilnehmer:innen auf einer Skala von 1 bis 10 vergeben. Dies ist auch in „geheimer Wahl“ möglich. Eine allgemein akzeptable Problemlösung zeichnet sich dabei durch hohe Zustimmung plus geringen Widerstand aus. Eine polarisierende Problemlösung weist hohe Zustimmung + hohen Widerstand auf und ist dadurch insgesamt von geringerer Qualität, auch wenn sie z.B. gleiche Punktzahl (= Zustimmung) im Plenum der Planungszelle erreicht hatte.

Es kann durchaus sinnvoll für die Teilnehmenden werden, am Ende eine Lösung zu favorisieren, die vielleicht insgesamt weniger Zustimmungspunkte im Plenum erhielt, aber bei der der Widerstand sehr gering ausfällt, denn dies bedeutet ja, dass alle damit leben können.

Um diese Erkenntnis zu ermöglichen ist ein Herausarbeiten der Unterschiede einzelner (Top-) Lösungen nötig. 6-stufige Konsensentscheidung und systemisches Konsensieren sind dabei hilfreiche Methoden.

Vergleich:

„Bürgergutachten mit Planungszellen“ und
„Mikrobürger :innengutachten“

Um die zu Beginn des Kapitels genannten Anforderungen zu erfüllen,
sind die folgenden Elemente wesentlich und damit unabdingbar:

Gemeinsamkeiten:



Unterschiede:

- 4 bis 8 Gruppen mit je 25 Teilnehmer:innen
- 4 Tage
- 16 Arbeitseinheiten (4 pro Tag)



- 1 Gruppe mit 25 Teilnehmer:innen
- ½ Tag
- 2 Arbeitseinheiten

Wieso funktioniert das abgespeckte Verfahren Mikrobürger:innengutachten? Was sind die Limits?

Alle wesentlichen Merkmale des Bürgergutachtens mit Planungszellen sind auch beim Mikrobürger:innengutachten vorhanden. Aus diesem Grund sind die positiven Effekte dieser Elemente ebenfalls gegeben. Besondere Bedeutung haben die Elemente Zufallsauswahl der Teilnehmer:innen, nicht moderierte Kleingruppenarbeit in wechselnden Kleingruppen und das ausgewogene Fachinput.

Natürlich ist die Einsatzmöglichkeit des Mikrobürger:innengutachtens auf Themen begrenzt, die sich nicht in viele Unter Aspekte gliedern. Ein Bürgergutachten mit Planungszellen kann ein komplexes Thema durch die vielen Arbeitseinheiten in seinen verschiedenen Facetten besser durchdringen. Weist das Thema eines Mikrobürger:innengutachtens dennoch mehrere Unterpunkte auf, die nicht an einem Nachmittag abgearbeitet werden können, dann können mehrere Mikrobürger:innengutachten in Serie veranstaltet werden, um dem Thema gerecht zu werden. Allerdings ist das sich im Laufe der Arbeit bildende Hintergrundwissen der Teilnehmer:innen bei großen Verfahren „Bürgergutachten mit Planungszellen“ sehr wertvoll und

schwingt bei allen hinzukommenden Aspekten des Hauptthemas mit. Werden hingegen mehrere Mikrobürger:innengutachten mit immer neuen Teilnehmer:innen veranstaltet, dann ist dies nicht der Fall. Grundsätzlich haben beide Ausprägungen des Verfahrens ihre Berechtigung. Wir sind der Meinung, dass - wo immer es möglich ist Bürger:innengutachten mit Planungszellen in seiner ausführlichen Form durchzuführen – der Beste Weg ist.

Beispiele und Erfahrungen

Um zu zeigen wie Mikrobürger:innengutachten in der Praxis eingesetzt werden können, geben wir im Folgenden 2 Beispiele:

a) Nahversorgung in Aislingen

b) Fahrtkostenumlage an der Montessori Schule Wertingen

a) Das Mikrobürger:innengutachten in Aislingen ist eines von mehreren die über die Jahre zu verschiedenen Themen stattfanden. Die Themen waren bisher: „Was sind die wichtigen Anliegen in Aislingen?“ (2009), Nahversorgung in Aislingen (2011), Asyl in Aislingen (2016), Mitfahrbank (2019). Sie entstanden auf private Initiative. Der Auftraggeber war jeweils die Gemeinde Aislingen, die auch die Räumlichkeiten sowie Kaffee und Kuchen (Kuchenspende von Bürger:innen) stellte. Die Einladung der zufällig ausgelosten Bürger:innen aus dem Einwohnermelderegister wurde von der Gemeindeverwaltung erledigt. Die Durchführung erfolgte ehrenamtlich von uns. Insgesamt entstanden kaum Kosten. Die Ergebnisse wurden - wie auch die Vorabinformation für alle Bürger:innen - im Amtsblatt publiziert.

Das Feedback der Teilnehmer:innen und des Gemeinderats war durchweg positiv.

Beispiel A: Nahversorgung in Aislingen



Ergebnisse des Bürgergutachtens in Aislingen, Baumgarten und Rieder

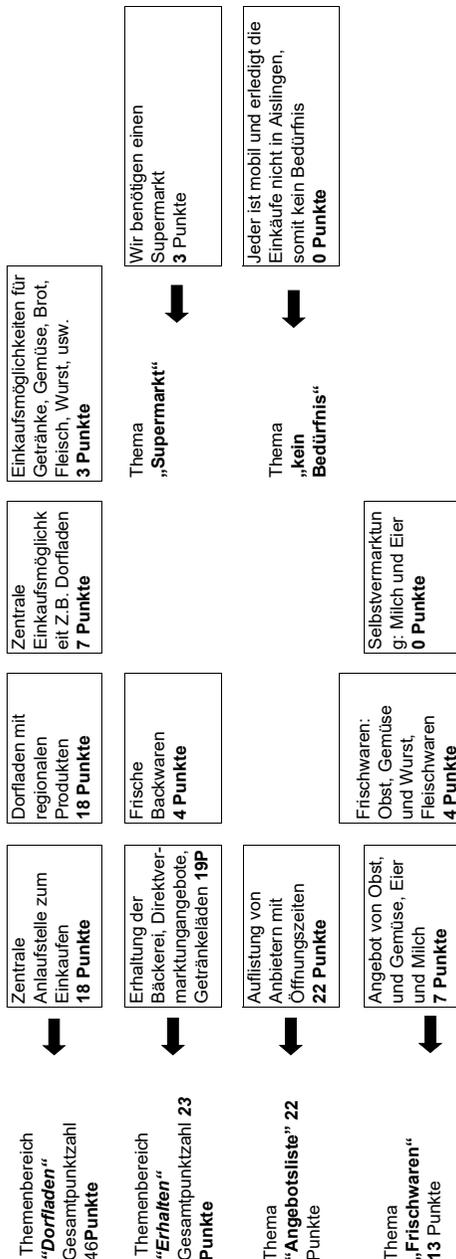
Vom 29.10.2011, im Feuerwehrheim, Musikheim und Rathaus in Aislingen

Erarbeitet von 21 ausgelosten Bürgerinnen und Bürgern

Auf die Fragestellung „Was sind unsere persönlichen Bedürfnisse bezüglich Grundversorgung mit Lebensmitteln in Aislingen?“ haben die Kleingruppen aus je 5 Bürgerinnen und Bürgern nach intensiver Diskussion folgende Bedürfnisse formuliert (pro Kleingruppe konnten 3 Anliegen aufgeschrieben werden), und anschließend im Plenum mit Punkten bewertet (pro Person gab es 5 Punkte zu vergeben)

die Gesamtpunkte zu einem Themenbereich sind hier aufaddiert

Ähnliche Bedürfnisse stehen in der Auflistung nebeneinander



Zu der zweiten Fragestellung „Was können wir selbst zu einer positiven Veränderung beitragen?“ haben die Kleingr. die folgenden Anregungen formuliert und anschließend im Plenum mit Punkten bewertet

die Gesamtpunkte zu einem Themenbereich sind hier aufaddiert

Ähnliche Vorschläge stehen in der Auflistung nebeneinander

Themenbereich “Gewohnheiten ändern“ Gesamtpunktzahl 42 Punkte	←	Gewohnheiten ändern: Die Möglichkeiten am Ort nutzen! Z.B. Aislinger Markt 18 Punkte	Vorhandene Möglichkeiten nutzen! Bessere Ausschilderung! Kennzeichnung 17 Punkte	Verhalten ändern! Einkaufen im Dorf! 4 Punkte	vorhandene Angebote im Dorf nutzen 3 Punkte
Themenbereich “Werbung“ Gesamtpunktzahl 39 Punkte	←	Gemeinsame Werbung der Selbstvermarkter. Schaukasten, Amtsblatt und Flyer 14 Punkte	In den Schautafeln an der Hauptstrasse und Kirche Öffnungszeiten publizieren 8 P	Hinweis und Bekanntmachung von örtlichen Einkaufsmöglichkeiten 7 Punkte	Mundpropaganda, Weiterempfehlung 6 Punkte
Thema “Dorfladen“ 14 Punkte	←	Dorfladen anregen, Gemeinde und Anbieter arbeiten zusammen 14 Punkte			↑ Mundwerbung 4 Punkte

Fortsetzung der zweiten Fragestellung „Was können wir selbst zu einer positiven Veränderung beitragen?“

9 Punkte	←	Einschränkungen im Angebot akzeptieren 9 Punkte
----------	---	---

Thema „mal anders Kochen“ 1 Punkt	←	Frisch kochen mit regionalen Produkten
-----------------------------------	---	--

Abschlussresumee: Beim Abschlussresumee erklärt sich Frau M bereit, die Erstellung der Liste der verschiedenen Anbieter und ihrer Öffnungszeiten zu koordinieren. Die Liste liegt diesem Gutachten bei.

Beispiel B: Fahrtkostenumlage an der Montessori Schule

Die Montessori Schule Wertingen beauftragte das Mikrobürger:innengutachten zur Fahrtkostenumlage bei uns, da der Vorstand über persönliche Kontakte von dem Verfahren wusste. Es stellte sich die Frage, wie mit dem entstehenden Fahrtkostendefizit umgegangen werden kann und der Vorstand wollte eine Lösung finden, die alle Betroffenen einbezieht. Die beiden Extreme: Es gibt Schüler:innen, die keine Fahrtkosten verursachen. Zum Teil sind die Familien extra nach Wertingen gezogen. Andere Schüler:innen benötigen einen Behinderten-Transport und es kommt dadurch zu vergleichsweise hohen Kosten. Dazwischen gibt es viele, die mit dem normalen Schulbus fahren und andere die einen eigens organisierten Kleinbus nutzen, da der normale Schulbus nicht nach Wertingen fährt, sondern in die näheregelegene Schule. Wie kann eine gerechte Lösung zur Umlage der Kosten aussehen, die von allen mitgetragen wird? Das Ergebnis des Mikrobürger:innengutachtens war sehr zufriedenstellend und wurde in der Schulversammlung vorgestellt. Durch die Zufallsauswahl an Eltern waren tatsächlich alle Interessenslagen vertreten und konnten sich einbringen. Die Konsensabstimmung am Ende brachte noch weitere Klarheit. Die Kosten für die Durchführung beliefen sich auf ein Honorar auf Verhandlungsbasis für die 2 Moderatoren. Es wurden Vorbereitungstreffen, Durchführung und Nachbereitung einbezogen.

An der Montessori-Schule in Deiningen fand durch die Kontakte zur Schule in Wertingen 2013 ein Mikrobürger:innengutachten zu einem ähnlichen Thema statt: „Effiziente und kostengünstige Organisation des Schülertransports“.

Im Jahr 2017 gab es in Wertingen ein weiteres Mikrobürger:innengutachten an der Schule, diesmal war das Thema die Aufnahme von Flüchtlingskindern an der Schule und wie die Kosten dafür getragen werden könnten.

Planungszelle „Gerechte Umlage des Defizits bei den Fahrkosten“

3.März 2012, Montessori-Schule Wertingen

Auftraggeber:

Vorstand der Montessori-Schule Wertingen

Teilnehmende:

32 zufällig ausgeloste Eltern

Ablauf: 2 Runden mit folgenden Fragen in der Planungszelle

Fragestellung der 1. Runde:

Was sind unsere Kriterien damit wir eine Lösung als gerecht empfinden?

Fragestellung der 2. Runde:

Nach welchem System soll das Fahrkostendefizit in Zukunft umgelegt werden?



Fachinput zur Organisation des Schultransports und den Kosten durch den Vorstand der Montessori-Schule Wertingen.

Ergebnisse der 1. Runde :



Pinnen, clustern und bepunkten der Aussagen

Aussagen mit den meisten Punkten:

Gerechtigkeit ist:

- wenn Alle mit der Lösung leben können
- wenn es keinem schlecht geht
- wenn ich das Problem nach der Lösung als abgeschlossen empfinde
- Jede/r soll sich fair berücksichtigt fühlen
- Es muss an die Verhältnismäßigkeit der eigenen Möglichkeiten angepasst werden

Kriterien:

- Offenheit
- Transparente und klare Entscheidungswege

Ergebnisse der 2. Runde:

Vorschläge zur Umlage des Fahrtkostendefizits mit Punkten:

A 55 Punkte

Fragestellung 2: Nach welchem System soll der Fahrtkostenzuschuss in Zukunft verteilt werden?

A: - Pro Familie **(34)**

- Transparenz → Konto für Transportkosten
- Zuschuld vom Verein aus Werkhaus-Solidarbeitrag

B 18 Punkte

Fragestellung 2: Nach welchem System soll der Fahrtkostenzuschuss in Zukunft verteilt werden?

A: $\frac{\text{Summe Kosten Busbet.}[\text{€}]}{\text{Fahrschüler}} = Z \frac{\text{€}}{\text{Fahrschüler}}$

Umlage auf alle Fahrschüler **(15)**

Fragestellung 2: Nach welchem System soll der Fahrtkostenzuschuss in Zukunft verteilt werden?

B: Umlage der Kosten auf alle Eltern **(5)**

Fragestellung 2: Nach welchem System soll der Fahrtkostenzuschuss in Zukunft verteilt werden?

A: Kostenumlage auf Personennahverkehrsteilnehmer **(3)**

Fragestellung 2: Nach welchem System soll der Fahrtkostenzuschuss in Zukunft verteilt werden?

A: Mehrkosten: Familie - jährlicher Abrechnung **(16)**

Fragestellung 2: Nach welchem System soll der Fahrtkostenzuschuss in Zukunft verteilt werden?

B: $0,9 \times y / \text{Fahrschüler} = Z$
 $0,1 \times x y / \text{prozentuale Aufteilung der Kosten}$ **(0)**

C 20 Punkte

Fragestellung 1
Nach welchem System soll der 1. Jahrsbeitrag in Zukunft verteilt werden?

A: **Solidarische**
Umlage auf alle
Schüler in gleicher
Hohe!
Reduzierung der Anfang-Vorstand A



30 Punkte

Fragestellung 1
Nach welchem System soll der Fortbildungszuschuss in Zukunft verteilt werden?

C: **Anpassung der**
Schulverträge bei
Neuzugängen
(Entfernungsspende)



25 Punkte

Fragestellung 2
Nach welchem System soll der 1. Jahrsbeitrag in Zukunft verteilt werden?

B: **Aufgabe der Ak-Jah**
Optimierung der
Busbeförderung



2 Punkte

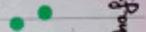
Fragestellung 2
Nach welchem System soll der Fortbildungszuschuss in Zukunft verteilt werden?

C: **im Aufwandsverhältnis**
einmalige Diskussions über
Schulkosten



Fragestellung 2
Nach welchem System soll der Fortbildungszuschuss in Zukunft verteilt werden?

A: **Erhöhung des**
Schulgeldes
(10 - 20 Euro?)
für alle (Gemeinschaft)



Die Konsensabstimmung (Beschreibung unter der Tabelle)

	Vorschlag A: Umlage pro Familie	Vorschlag B: Kostenumlage auf die Fahrschüler	Vorschlag C: Umlage auf alle Schüler in gleicher Höhe
Volle Zustimmung Der Vorschlag entspricht meiner Meinung. Ich stimme voll zu.	14	7	8
Zustimmung mit Bedenken Ich habe leichte Bedenken. Ich wünsche, dass Ihr sie wahrnimmt und bei der Umsetzung beachtet. Ich stimme trotzdem zu.	11	2	8
Enthaltung Ich überlasse Euch die Entscheidung und trage sie mit.	1	4	8
Schwere Bedenken Ich habe schwere Bedenken. Ich wünsche, das Ihr auf sie eingeht und die Entscheidung verändert. Ich würde die Entscheidung aber mittragen.	1 Bedenken: andere Meinung	16 Bedenken:: a) Schule kann nicht von Wertigern leben b) nicht solidarisch c) impraktikabel d) widerspricht dem Prinzip der Schule c) ungerecht, da Fahrschüler auch was bringen d) ungerecht, da die Familien/Schüler dafür andere Belastungen tragen	7 Bedenken: a) kinderreiche Familien werden mehr Anträge auf Unterstützung stellen b) daruch Finanzierung schwer planbar c) ungerecht

<p>Beisteite stehen Ich kann dem Vorschlag weder zustimmen noch ihn mittragen. Ich möchte Euch aber nicht blockieren und stehe beiseite.</p>	<p>2 2x Bedenken:: nicht gerecht</p>	<p>1 Bedenken: andere Meinung</p>	<p>0</p>
<p>Veto Dieser Vorschlag widerspricht meinen grundsätzlichen Vorstellungen, Ich kann nicht zulassen, dass die Gruppe diese Entscheidung trifft. Ich blockiere den Konsens.</p>	<p>0</p>	<p>0</p>	<p>0</p>

Falls es zu sehr knappen Entscheidungen kommen sollte und vielleicht auch Emotionen zu Tage treten, bietet sich die Methode der Konsensabstimmung an. Grundsätzlich verfolgt das Bürger:innengutachten das Ziel, die maximale Akzeptanz in einer Gruppe bzw. in der Gesellschaft zu erreichen. Deshalb sei an dieser Stelle auch die Konsensabstimmung erwähnt. Hierbei wird der Grad der Zustimmung bzw. Ablehnung gemessen. Es werden sechs Stufen abgefragt, diese reichen von „voller Zustimmung“, über „schwere Bedenken“ bis hin zu einem „Veto“.

Beispiel zur Durchführung

Im Folgenden werden die nötigen Schritte am Beispiel eines Mikrobürger:innengutachten in einer Dorfgemeinde aufgezeigt:

Gesamtablauf:

- Vorbereitungstreffen mit dem Auftraggeber Gemeinde
- Vorbereitungstreffen („Runder Tisch“) mit Verantwortlichen/Auftraggeber:innen und potenziellen Referent:innen (Erfahrungsträger bezüglich des Themas. Beispiel: „Mobilität im ländlichen Raum“, potenzielle Referent:innen: Lokaler Busunternehmer, Organisatoren von Rufbus, Mitfahrbänken, Seniorenservice, eventuell jemand zu anderen Konzepten wie Mitfahrbörse etc. aus anderen Gemeinden)
- Datum für das Mikrobürgergutachten festlegen, Räumlichkeiten für Plenum und 5 Kleingruppen à 5 Personen organisieren, Verpflegung für die Kaffeepause absprechen
- Vorab-Info für alle Bürger:innen über das anstehende Verfahren im Amtsblatt
- Auswahl von 300 Bürger:innen aus dem Einwohnermelderegister über Zufallszahlen
- Einladungsschreiben an zunächst 100 Bürger:innen mit Bitte um Zusage/Absage bis zu einem bestimmten Datum

- Falls bis dahin noch keine 25 Personen zugesagt haben: weitere Einladungen verschicken, bis die nötige Anzahl an Zusagen erreicht ist
- Moderator:in erarbeitet in Absprache mit dem Auftraggeber sinnvolle Fragestellungen, setzt sich mit möglichen Referent:innen in Kontakt
- Durchführung des Verfahrens, normalerweise ein Samstagnachmittag, 14h bis 18h.
- Erstellen der Auswertung auf maximal 4 DIN A4 Seiten und einer Power Point Präsentation zur Darstellung des Verfahrens und der Ergebnisse
- Übergabe der Ergebnisse an den Auftraggeber und an alle Haushalte der Gemeinde

Ablauf des Mikrobürger:innengutachtens:

am Beispiel „Grundversorgung in Aislingen“ vom 29.10.2011

14:00	Begrüßung der 25 Teilnehmer:innen
14:05	Vorstellung des Verfahrens und der Arbeitsweise und Erläuterung der ersten Fragestellung: Was sind unsere persönlichen Bedürfnisse bezüglich Grundversorgung mit Lebensmitteln in Aislingen ?
14:15	Auslosung und Einteilung der 5er Gruppen (15 Minuten)
14:30	Gespräch in Kleingruppen, Finden und Aufschreiben der 3 wichtigsten persönlichen Bedürfnisse bezüglich der Grundversorgung mit Lebensmitteln (30 Minuten)
15:00	Plenum zur ersten Fragestellung: alle Gruppen heften ihre Aussagen an die Wand und erläutern sie kurz. Bewertung aller Aussagen durch alle Teilnehmenden mit Klebepunkten. Aussagen werden ihrer Punktezahl nach angeordnet (15 Minuten)
15:15	Fachinput: Kurzbeiträge verschiedener Anbieter von Lebensmitteln in Aislingen (30 min)
15:45	Kaffeepause (30 Minuten)
16:15	Erläuterung der zweiten Fragestellung: Was können wir selbst zu einer positiven Veränderung beitragen? Auslosung und Einteilung der 5er Gruppen (10 Minuten)
16:25	Gespräch in Kleingruppen, Finden und Aufschreiben der 3 wichtigsten Anliegen (35 Minuten)
17:00	Plenum zur zweiten Fragestellung: alle Gruppen heften ihre Aussagen an die Wand und erläutern sie kurz. Bewertung mit Klebepunkten. Die Aussagen werden ihrer Punktezahl nach angeordnet (15 Minuten)
17:15	Abschlussresümee (15 Minuten)
17:30	Ende

Ablauf der Kleingruppenarbeit (Planungszellen)

(25 Teilnehmer:innen)

Benötigt wird:

- Rolle Kreppband
- Notizpapier
- Stifte
- Beschriftung (Nummer) für die Tische

Für die erste Runde Kleingruppenarbeit:

- Antwortblätter
- gelbe Lose, je 5mal 1, 2, 3, 4,
- gelbe Klebepunkte
- 5 Marker

Für die zweite Runde Kleingruppenarbeit:

- Antwortblätter
- blaue Lose, je 5mal 1, 2, 3, 4, 5
- blaue Klebepunkte
- 5 Marker

Vorbereitungen vor Beginn:

- 5 Tische mit je 5 Stühlen, wenn möglich in verschiedenen Räumen aufstellen
- Tische mit Nummern versehen (von 1 bis 5)
- Auf jeden Tisch Notizpapier, Stifte und Marker legen
- Antwortblätter für die erste Runde (3 Blätter pro Tisch) auslegen

Beschreibung des Ablaufs:

Der/die Moderator:in wiederholt die Aufgabe und erklärt, dass Notizen auf das Notizpapier geschrieben werden und die Antwortblätter am Schluss ausgefüllt werden, mit einem dicken Marker und in sehr großer Schrift, die auch aus der Entfernung lesbar ist.

Das heißt:

- die Antworten müssen kurz sein!
- nur eine Antwort pro Antwortblatt!

1. Runde der Kleingruppenarbeit:

Jede/r Teilnehmer:in zieht ein Los und setzt sich an den Tisch mit der entsprechenden Nummer

Austausch beginnt, Zeit: **30 min**, Stoppuhr starten

Nach 25 Minuten erinnert der/die Moderator:in an das Ausfüllen der drei Antwortblätter

Dabei an jedem Tisch **pro Person fünf Klebepunkte** verteilen

Nach 30 Minuten Arbeitszeit die Kleingruppenarbeit beenden.
Gruppen, die noch nicht fertig sind, nochmals erinnern abzuschließen.
Es ist wichtig den Zeitplan einzuhalten, um nicht in Stammtischdiskussionen abzugleiten.

Plenum: Vorstellen der Antworten, Antwortblätter an die Wand heften, Bewertung

- Wenn alle Gruppen fertig sind, stellt jede Gruppe ihre Antworten vor (ganz kurzgefasst) und jedes Antwortblatt wird mit einem Kreppband in der Mitte angeheftet (damit man es später leicht umhängen kann, wenn die Antworten gruppiert werden).
Damit sind die Ergebnisse zunächst ungeordnet und unbewertet für alle sichtbar dargestellt.

- Vor dem Bewerten mit Hilfe der Klebepunkte erklärt der/die Moderator:in, dass zuerst bepunktet wird, und danach ähnliche Aussagen gruppiert werden.
- Sobald alle Antwortblätter angeheftet sind, können die Teilnehmer:innen mit Hilfe ihrer fünf Klebepunkte Zustimmung zu den Aussagen auf den Antwortblättern ausdrücken. Die Aussagen, die jedem persönlich gut gefallen, werden mit Klebepunkten markiert. Es können auch mehrere Punkte auf das gleiche Antwortblatt geklebt werden.
- Die Punkte auf jedem Antwortblatt werden zusammengezählt. Die Punktzahl wird an einer freien Stelle auf das Antwortblatt geschrieben und mit einem Kreis umrandet.

Rangfolge erstellen (Priorisieren):

- Das Blatt mit den meisten Punkten wird oben links angebracht
- Der/die Moderator:in fragt die Teilnehmer:innen, ob es Aussagen gibt, die offensichtlich zu der Aussage passen. Diese werden rechts daneben geheftet. (Clustern)
Gibt es Widerstand bezüglich der Zugehörigkeit, so wird die Gruppierung nicht vorgenommen.
- Nun das Antwortblatt mit der nächsthöchsten Punktzahl darunter heften (wieder ganz links)
- Wieder fragen, ob es Aussagen gibt, die offensichtlich dazu passen, diese rechts daneben heften
- und so fort, bis alle Antwortblätter umgeordnet sind
- die Punkte von thematisch zusammenpassenden Antwortblättern, die nun nebeneinander angeordnet sind, werden zusammengezählt.
- leeres Blatt wird rechts neben jeder Zeile aus gruppierten Antwortblättern angebracht. Darauf wird die Gesamtpunktzahl dieser Antwortengruppe notiert (in der rechten oberen Ecke, damit das zusammengefasste Thema noch Platz hat) und mit einem Kreis umrandet.

Formulieren von Gesamtaussagen für die Präsentation

Für die drei Themen mit den meisten Punkten:

Die/der Moderator:in formuliert eine zusammenfassende Gesamtaussage aus den thematisch zusammenpassenden Einzelaussagen, holt dabei Zustimmung/Hilfe bei den Teilnehmer:innen ein und schreibt die Gesamtaussage⁴ dieser Antwortengruppe auf das gleiche Blatt, auf dem bereits die Gesamtpunktzahl steht.

Zweite Runde

- Ablauf genau wie in der ersten Runde

Wie initiiere ich ein Mikrobürger:innengutachten?

Erste Schritte zu einem Mikro-Bürger:innengutachten am Beispiel der Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein im März 2019

Ein Erfahrungsbericht von Wolfgang Scheffler:

Vorangegangen war in einem Ortsteil dieser Gemeinde ein Bürger:innenentscheid zu einer Sozialbebauung, der die Bewohner:innen gespalten hatte. Ein Freund, der in der betroffenen Gemeinde wohnt, kam mit der Frage auf mich zu, ob man nicht auch mal mit einem Verfahren arbeiten könnte, das „keine Verlierer“ kennt, ich hätte ihm da doch immer wieder mal von den Mikrobürger:innengutachten mit Planungszellen erzählt.

⁴ Auf Seite 29 und 30 ist die Auswertung eines Mikrobürgergutachtens in dieser Form zu sehen. Nur stehen die Gesamtaussagen mit der summierten Punktzahl in der Druckversion links neben den gruppierten Einzelaussagen.

Zur Vorbereitung haben wir uns zunächst zu dritt getroffen, zwei Freunde aus den betroffenen Gemeinden und ich, für ca. 1,5h. Wir schrieben unsere Überlegungen zur besten Vorgehensweise in vier Kategorien, Fragestellungen, Lösungen, Bedenken, Fakten auf ein Flip Chart (ähnlich dem Moderationsverfahren Dynamic Facilitation). Nachdem alles Wichtige aufgeschrieben war, entschieden wir uns, in der zerstrittenen Situation mit einem nicht-konfliktiven Thema zu beginnen, wie z. B. die Frage der Verbesserung der Mobilität in dem ländlichen Gebiet. Und wir wollten zunächst zu einer kleineren Vorveranstaltung mit uns bekannten Personen der betroffenen Gemeinden einladen, auf der wir das Prinzip der Bürger:innengutachten mit Planungszellen ausführlich erläutern und nochmals die ganze Problematik durchsprechen konnten.

Zu diesem Treffen kamen 15 Personen, einschließlich eines stellvertretenden Bürgermeisters.

Am Ende dieses Treffens haben die Anwesenden in Form einer Planungszelle ein Meinungsbild über die Praktikabilität des Vorhabens erarbeitet, mit einem insgesamt befürwortenden Fazit. Unter anderem war es im Rahmen der Veranstaltung interessant zu erfahren, dass der vorangegangene, nicht zielführende Bürger:innenentscheid 30.000,- € gekostet hatte.

Die nächsten Schritte waren dann eine Vorstellung des Vorhabens im gemeinsamen Gemeinderat der Verwaltungsgemeinschaft, zu der die Gemeinden Bachhagel, Syrgenstein und Zöschingen gehören, mit insgesamt 6500 Einwohner:innen, und danach ein formaler Beschluss des Gemeinderats zur Durchführung. Ich wurde dann offiziell mit der Durchführung beauftragt, zu dem Thema: Mobilität im Bachtal.

Literaturhinweise

Dienel, Peter C. (Hrsg.) (2005), Die Befreiung der Politik, Verlag für Sozialwissenschaften, ISBN 3-531-14545-2

hierin z.B. die Beiträge von Beatrice Hungerland (S 30 ff) und Hans Harms (S117ff)

Dienel et al, Hans-Liudger (Hrsg.) (2014), Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren, oekom Verlag München, ISBN 978-3-515-10918-5

Dienel, Peter C. (1997): Die Planungszelle, Westdeutscher Verlag, ISBN 3-531-33028-4

Web-Infos zu Bürgergutachten mit Planungszellen:

www.planungszelle.de , hier können unter „Projekte“ durchgeführte Bürgergutachten heruntergeladen werden.

www.buergergutachten.com, mit Video zum Bürgergutachten Kunstareal in München

www.buergerInnengutachtenpartei.de/programm

www.aleatorische-demokratie.de

https://www.swp.de/suedwesten/landkreise/lk-heidenheim/wird-das-bachtal-jetzt-mobiler_30478485.html

Audio:

<https://soundcloud.com/user-489437308/interview-prof-peter-dienel>



Notizen

Diese Broschüre entstand innerhalb des Projektes:



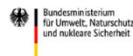
Für die Kooperation bedanken wir uns bei

Wolfgang Scheffler, Heike Hoedt
G.v.Werdenbergstr.6
89344 Aislingen

Projektpartner und Förderer



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

